

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Literaturverzeichnis	XV
1. Einleitung	1
2. Beiträge im System der kommunalen Abgaben	5
2.1 Kommunale Abgaben: Steuern, Gebühren, Beiträge	5
2.2 Pflicht zur Beitragserhebung	7
2.2.1 Beitragserhebungsgebot	7
2.2.2 Ausnahmen	8
a) Immissionsschutzanlagen, Parkflächen und Grünanlagen	8
b) Unverhältnismäßiger Aufwand	8
c) Kleinbeträge (§ 4 KAG)	9
2.2.3 Konsequenzen aus der Beitragserhebungspflicht	9
a) Beitragsverzicht unzulässig	9
b) Überhöhter Gemeindeanteil	11
c) Stundung, Erlass	11
d) Pflicht zum Erlass einer Ausbaubeitragssatzung	11
e) Planung	12
2.2.4 Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Beitragserhebungsgebot	12
a) Maßnahmen der Kommunalaufsicht	12
b) Maßnahmen der Rechnungsprüfung	15
c) Auswirkungen auf staatliche Zuweisungen	16
d) Straf- und haftungsrechtliche Konsequenzen	18
2.3 Unterschiedliche Systeme für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen	20
3. Eckpunkte des wiederkehrenden Straßenausbaubeitrags	22
3.1 Grundzüge und Systematik	22
3.2 Unterschiede zum Einmalbeitrag	24
3.3 Exkurs: Der Einmalbeitrag nach Durchschnittssätzen	26
3.4 Historische Entwicklung	28
3.4.1 Vorläufer und Einführung des WKB	28
3.4.2 Streit um die Anforderungen an das Abrechnungsgebiet	29
3.4.3 Steiniger Weg bei der Gesetzgebung	32
3.4.4 Änderungen im Kommunalabgabengesetz 2006	33
3.4.5 Bestätigung durch das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz	34
3.4.6 Alter Wein in neuen Schläuchen?	35
3.5 Verbreitung des wiederkehrenden Straßenbeitrags	36
3.5.1 Ausdehnung in Deutschland	36
3.5.2 Verbreitung in Rheinland-Pfalz	37

Inhaltsverzeichnis

3.6	Vor- und Nachteile des wiederkehrenden Straßenausbaubeitrages.	40
3.6.1	Argumente für den wiederkehrenden Beitrag	40
3.6.2	Argumente gegen den wiederkehrenden Beitrag	46
3.6.3	Übersicht: Vor- und Nachteile des wiederkehrenden Straßenausbaubeitrags	51
3.7	Nebeneinander von wiederkehrenden und einmaligen Ausbaubeiträgen innerhalb einer Gemeinde	52
3.8	Umstellung auf wiederkehrende Straßenbeiträge	54
3.8.1	Zeitlicher Rahmen der Umstellung auf wiederkehrende Beiträge.	54
	a) Rückwirkende Einführung	54
	b) Einführung im laufenden Jahr ohne Rückwirkung	55
	c) Einführung bei noch laufenden Ausbaumaßnahmen.	55
	d) Bedeutung des Ausbauzustands des Straßennetzes	57
3.8.2	Kommunalpolitische Probleme bei der Einführung wiederkehrender Beiträge und Empfehlungen zu deren Lösung. . .	57
3.8.3	Bürgerbegehren und Bürgerentscheid	60
3.9	Keine Pflicht zum Ausbau aller Straßen	61
3.10	Umlegung der wiederkehrenden Straßenbeiträge auf den Mieter	62
3.11	(Rück-) Umstellung auf Einmalbeiträge	64
4.	Verfassungsrechtliche Aspekte.	67
4.1	Überprüfung in Gutachten und Rechtsprechung	67
4.2	Bestätigung der Neuregelung des WKB durch das OVG Rheinland-Pfalz, Verzicht auf den räumlichen und funktionalen Zusammenhang	71
4.3	Vorlagebeschluss des VG Koblenz und Reaktionen hierauf.	77
4.3.1	Zweifel des VG Koblenz an der Verfassungsmäßigkeit	77
4.3.2	Reaktionen auf den Vorlagebeschluss	78
4.4	Eigene Bewertung der Verfassungsmäßigkeit.	85
4.4.1	Der beitragsrelevante Vorteil (Sondervorteil) beim WKB.	86
4.4.2	Verfassungsrechtlicher Streitpunkt: Die Ausgestaltung der Abrechnungsgebiete.	88
	a) Aufnahme des räumlichen und funktionalen Zusammenhangs	89
	b) Einengende Rechtsprechung zum räumlichen Zusammenhang ab 2003	89
	c) Einengende Rechtsprechung zum funktionalen Zusammenhang in 2003.	90
	d) Gesetzesänderung in 2006	93
	e) Kehrtwende in der Rechtsprechung zum neuen § 10 a KAG. . .	94
	f) Eigener Lösungsansatz unter Einbeziehung der Ergebnisse des Gutachtens des Professor Schoch	96
	g) Gelebte Praxis, Empfehlung	101
4.4.3	Wiederkehrender Beitrag und „Straßensteuer“	103

5.	Die beitragsfähige Einrichtung (Abrechnungseinheit) und ihre Bestandteile	105
5.1	Einrichtungsbegriff nach altem Recht	105
5.1.1	Bestimmung der Abrechnungseinheit in der Satzung	105
5.1.2	Räumlicher und funktionaler Zusammenhang	105
5.1.3	Räumlicher Zusammenhang und Größe der Abrechnungseinheit	106
5.1.4	Funktionaler Zusammenhang	106
	a) Trennung durch den Außenbereich	106
	b) Restriktive Rechtsprechung zum funktionalen Zusammenhang – Anzahl der Ausfallstraßen	107
5.1.5	Sanierungsgebiet und Abrechnungseinheit	107
5.2	Einrichtungsbegriff nach neuem Recht	108
5.2.1	„Neuer Einrichtungsbegriff“ in § 10 a KAG	108
5.2.2	Abrechnungseinheit als Straßensystem	109
5.2.3	Aufteilung in mehrere Einheiten	110
5.2.4	Rechtliche und räumlich-tatsächliche Abgrenzungskriterien	110
5.2.5	Ermessensentscheidung bei Aufteilung oder Zusammenfassung des Gemeindegebietes	111
5.2.6	Empfehlung zur Aufteilung in mehrere Abrechnungsgebiete	113
5.2.7	Keine rechtliche Verpflichtung zur Aufteilung des Gebiets	113
5.3	Umschreibung des Abrechnungsgebietes in der Satzung	114
5.4	Begründung der Aufteilung des Gemeindegebietes in mehrere Einheiten und Auswirkungen etwaiger Fehler	115
5.5	Anforderungen an die einzelnen Straßen der Abrechnungseinheit	119
5.5.1	Straßenbaulast, klassifizierte Straßen	119
5.5.2	Öffentlichkeit / Widmung	123
	a) Öffentliche Verkehrsanlagen als Teil der Abrechnungseinheit	123
	b) Widmungserfordernis bei Gemeindeverbindungsstraßen	126
	c) Die Widmung	126
	d) Nachweis der Öffentlichkeit bei alten Wegen	127
5.5.3	Anbaubestimmung	132
5.5.4	Selbständige Rad-, Wohn- und Fußwege und selbständige Parkplätze	133
5.5.5	Unselbständige Parkplätze	134
5.5.6	Selbständige und unselbständige Grünanlagen	134
5.5.7	Endgültig hergestellte Verkehrsanlagen	136
5.5.8	Verkehrsanlagen mit verschonten Grundstücken	136
5.6	Fehlerhaft gebildetes Abrechnungsgebiet	137
6.	Beitragsfähige Maßnahmen und beitragsfähiger Aufwand	139
6.1	Leerlauf beim Ausbautatbestand der Herstellung	139
6.2	Abgrenzung zum Erschließungsbeitragsrecht	140
6.2.1	Relevanz der Abgrenzung	140
6.2.2	Vorrang des Erschließungsbeitragsrechts	141
6.2.3	Entscheidungskompetenz beim Rat	142

Inhaltsverzeichnis

6.2.4	Anlagenbezogene Betrachtungsweise.....	142
6.2.5	Abgrenzung Erschließung - Ausbau.....	142
6.2.6	Herstellung nach neuem Recht (Inkrafttreten des BBauG 1961)	143
	a) Herstellungsmerkmale und Umsetzung des Bauprogramms ...	143
	b) Ab welchem Zeitpunkt ist zu prüfen?.....	144
	c) Widmung unbeachtlich	145
	d) Endgültige Herstellung nur von Teileinrichtungen	145
	e) Endgültige Herstellung auf kompletter Länge.....	147
	f) Satzungsmäßiges Teileinrichtungsprogramm	148
	g) Bebauungsplan regelmäßig nicht entscheidend.....	149
	h) Bauprogramm	149
	i) Spielt die fehlende Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Vergangenheit eine Rolle?.....	151
6.2.7	Herstellung nach altem Recht – Vorhandene Erschließungsanlagen	151
	a) Innerortslage und Anbaubestimmung.....	151
	b) Situation vor/bei Inkrafttreten des ersten Ortsstatuts	154
	c) Festsetzungen des Ortsstatuts maßgebend	155
	d) Ortsstatut ohne Fertigstellungsmerkmale	155
	e) Bedeutung alter Polizeiverordnungen	155
	aa) Polizeiverordnung nur anwendbar bei entspr. Verweisung im Ortsstatut	156
	bb) Polizeiverordnung unmittelbar anwendbar	156
	cc) Indizwirkung einer Polizeiverordnung	156
	dd) Bewertung	157
	f) Situation ohne Ortsstatut	157
	g) Der 30.6.1961 als Stichtag?	159
	h) „Willenstheorie“	160
	i) Rückgriff auf Indizien	161
	j) Differenzierung zwischen ländlichen Gemeinden und (Groß-)Städten.....	161
	k) Technische Mindestanforderungen an eine vorhandene Straße.....	162
	l) Erhebung von Straßenbeiträgen in der Vergangenheit.....	165
	m) Beweislast bei der Einordnung als Erschließung bei der Gemeinde.....	166
	n) Beweislast bei der Erhebung wiederkehrender Ausbaubeiträge	167
6.3	Allgemeine Voraussetzungen für einen beitragsfähigen Straßenausbau	168
6.3.1	Straßenbaulast, Besonderheiten bei klassifizierten Straßen	168
6.3.2	Gehwege an klassifizierten Straßen	169
6.3.3	Straßenentwässerung	171
6.3.4	Straßenbeleuchtung.....	174
6.3.5	Bebauungsplan und Planfeststellung	175
6.3.6	(Aus-) Bauprogramm	176
6.3.7	Ausbaustandards	179

a) Technische Regelwerke (EAE, RASSt)	179
b) Mindestbreiten	180
c) Gesetzliche Mindestanforderungen des LStrG	181
d) Verkehrssicherungspflicht	182
6.3.8 Kompensation	183
6.3.9 Gemeinsame Maßnahmen mit anderen Versorgungsträgern	184
6.3.10 Grundsatz der Erforderlichkeit	188
6.3.11 Verstöße gegen vergaberechtliche Bestimmungen	190
6.4 Die Ausbautatbestände: Erneuerung, Umbau, Verbesserung	
Erweiterung	192
6.4.1 Gleiche Anforderungen an Umfang der Maßnahmen	192
6.4.2 Benennung der Ausbautatbestände in den Satzungen	195
6.4.3 Erneuerung	195
a) Erneuerungsbedürftigkeit	196
b) Lebensdauer von 20 Jahren überschritten	197
c) Unzureichende Unterhaltung irrelevant	199
6.4.4 Abgrenzung zur laufenden Unterhaltung und Instandsetzung	199
a) Stufenverhältnis	199
b) Abgrenzung auch beim wiederkehrenden Beitrag	200
c) Disziplin angesagt	200
d) keine Flucht in die Verbesserung	201
e) Abgrenzungskriterien	202
f) Qualitative Gesichtspunkte der Maßnahme	204
aa) Maßnahmen an der Fahrbahn	204
bb) Maßnahmen am Gehweg	205
cc) Maßnahmen am Kanal (Straßenentwässerung), Inline-Verfahren	205
g) Quantitative Abgrenzung	206
6.4.5 Umbau	209
6.4.6 Verbesserung	210
6.4.7 Erweiterung	213
6.5 Ermittlung des beitragsfähigen Aufwands	214
6.5.1 Ermittlungsgrundsätze	214
6.5.2 Keine Einheits- oder Durchschnittssätze	214
6.6 Beitragsfähigkeit kommunaler Eigenleistungen	215
6.6.1 Eigenes Personal und Personal der Verbandsgemeinde	215
6.6.2 Bemessung und Bewertung von Eigenleistungen	216
6.6.3 Zeitlicher Ansatz der Eigenleistungen	218
6.7 Beitragsfähiger Aufwand im Einzelnen	218
6.7.1 Baukosten	218
6.7.2 Planungskosten	218
6.7.3 Bauzustandsbeweissicherungsgutachten	219
6.7.4 Sicherheitskoordinator	219
6.7.5 Grunderwerb und Vermessungskosten	220
6.7.6 Freilegung	221
6.7.7 Stützmauern	222
6.7.8 Verkehrszeichen und Geländer	223
6.7.9 Brücken, Tunnels, Unterführungen, Rampen	223

Inhaltsverzeichnis

6.7.10	Angleichungsmaßnahmen an Anliegergrundstücken	224
6.7.11	Umleitungen	225
6.7.12	Kreuzungen, Einmündungen, Kreisverkehrsplätze und Abbiegespuren	225
	a) Kreisverkehr	227
	b) Abbiegespuren	231
6.7.13	Bachverrohrung	232
6.7.14	Fremdfinanzierung	234
6.7.15	Zahlung auf verjährte Forderungen	236
6.7.16	Gewinne	238
7.	Die Ermittlung des Beitragssatzes	240
7.1	Rechnerische Grundlagen	240
7.2	Die zwei Modelle des wiederkehrenden Straßenbeitrags: Spitzabrechnung und Durchschnittssatz	240
7.2.1	Die jährliche Spitzabrechnung (A-Modell)	241
7.2.2	Das Durchschnittssatzsystem (B-Modell)	241
7.2.3	Neue Rechtsprechung zum Durchschnittssatzmodell	242
7.2.4	Ausgleich beim Durchschnittssatzsystem.	244
7.2.5	Konstanter Beitragssatz?	245
7.2.6	Vor- und Nachteile der beiden Modelle.	246
7.2.7	Wechsel zwischen A-Modell und B-Modell	247
7.3	Gemeindeanteil	247
7.3.1	Satzungserfordernis.	247
7.3.2	Ermittlung des Gemeindeanteils	248
	a) Mischsatzbildung nach altem Recht	248
	b) Mischsatzbildung auch nach neuem Recht?	249
	c) Weitreichende Konsequenzen	251
	d) Empfehlung des Gemeinde- und Städtebundes	256
7.4	Zuschüsse	257
7.4.1	Verwendung von Zuschüssen im Allgemeinen.	257
7.4.2	Zuschüsse bzw. Abfindungen bei der Abstufung von klassifizierten Straßen	258
8.	Beitragspflichtige Grundstücke und Verteilung des Aufwands	260
8.1	Das Buchgrundstück als Gegenstand der Beitragspflicht	260
8.1.1	Definition Buchgrundstück	261
8.1.2	Ausnahme: wirtschaftliche Einheit	261
8.1.3	Grundstücke in Umlegungs- und Flurbereinigungsverfahren.	262
8.2	Allgemeine Voraussetzungen der Beitragspflicht des Grundstücks	266
8.3	Bauliche Nutzbarkeit	266
8.3.1	Fehlende gesetzliche Normierung	266
8.3.2	Beitragspflicht von Außenbereichsgrundstücken	268
8.3.3	Abgrenzung von Innen- und Außenbereich	271
	a) Bebauungszusammenhang	271
	b) Ortsteil.	272
	c) Festlegung des Innenbereichs durch Satzung.	272

8.3.4	Kleine, nur mit einer Garage bebaubare Grundstücke	273
8.3.5	Reine Wegeparzellen	273
8.3.6	Flächen von Erschließungsanlagen	274
8.4	Zugangs- und/oder Zufahrtsmöglichkeit	277
8.4.1	Erschlossensein eines Grundstücks	277
8.4.2	Besonderheiten bei Gewerbegrundstücken	278
8.4.3	Erschließungshindernisse	279
8.4.4	Hinterliegergrundstücke	282
	a) Eigentümeridentität	283
	b) Sonderfall: Teilweise Eigentümeridentität	283
	c) Baulast und Grunddienstbarkeit	286
	d) Notwegerecht	287
	e) Grundstücke an Privatstraßen	289
8.4.5	Grundstücke an klassifizierten Straßen	290
8.5	Gemeindeeigene Grundstücke	291
8.6	Verschonungsregelungen (Überleitungsregelung)	291
8.6.1	Gesetzliche Grundlage	291
8.6.2	Keine Pflicht zur Verschonung	292
8.6.3	Verschonungsdauer	294
8.6.4	Sanierungsausgleichsbeträge als Verschonungsgrund?	295
8.6.5	Vertragliche Leistungen	297
8.6.6	Gestaltung der Verschonungsregelung in der Satzung	298
	a) Pauschale Verschonung nach Art der Maßnahme	298
	b) Einzelfallabhängige Regelung	299
8.6.7	Verschonung nur bei tatsächlicher Leistung	300
8.7	Mehrfacherschließungen	300
8.8	Die Verteilung des beitragsfähigen Aufwands	302
8.8.1	Verteilungsregelung in der Satzung	302
8.8.2	Verteilungskriterien	303
8.8.3	Rechtfertigung: Voraussichtliche Inanspruchnahme der Verkehrsanlage(n)	303
8.8.4	Grundstücksgröße	304
8.8.5	Tiefenbegrenzung	304
	a) Satzungsrechtliche Gestaltung	304
	b) Tiefenbegrenzung nur als Abgrenzung zum Außenbereich?	306
	aa) Rückblick	306
	bb) Neuere Entwicklung im Ausbaubeitragsrecht	309
	cc) Bewertung	311
	c) Die Tiefenbegrenzung in der Rechtsanwendung	312
8.8.6	Gewichtung nach der baulichen Ausnutzbarkeit	313
	a) Geschossflächenmaßstab	314
	b) Vollgeschossmaßstab	314
	c) Zusammenfassung der ersten beiden Vollgeschosse	315
	d) Abstellen auf die Umgebungsbebauung	316
8.8.7	Ausnutzungshindernisse	316
8.8.8	Artzuschlag	318
	a) Gebietsbezogener Artzuschlag	319
	b) Grundstücksbezogener Artzuschlag	319
	c) Satzungsanwendung	321

Inhaltsverzeichnis

9.	Heranziehungsphase	324
9.1	Entstehen der sachlichen Beitragspflicht, Satzungserfordernis . . .	324
9.2	Verjährung	326
9.3	Heranziehung der Beitragspflichtigen	327
9.3.1	Ablösevereinbarungen	327
9.3.2	Die Festsetzung des Beitrags	328
	a) Anhörung	328
	b) Festsetzung durch schriftlichen Bescheid	329
	c) Bestimmtheit des Bescheids	330
	d) Vorläufige Festsetzung des wiederkehrenden Ausbaubeitrags ..	332
	e) Begründung des Beitragsbescheides	333
	f) Grundlagenbescheid	333
	g) Vorausleistungen	335
9.4	Erstattung und Verzinsung überschüssiger Vorausleistungen	336
9.5	Besonderheiten bei Stundung und Ratenzahlung (§ 14 KAG)	337
10.	Inkrafttreten des § 10 a KAG, zeitlicher Geltungsbereich, Rückwirkung	338
11.	Anhang	341
11.1	Gesetzesbegründung	341
11.2	Satzungsmuster	353
11.3	Gesetzesauszug (§ 10 a KAG)	363
	Stichwortverzeichnis	365